

Zwischen Widerstand und Anpassung

Das pfälzische Arbeitermilieu während der NS-Zeit

KLAUS J. BECKER

1993 legte Günter Braun erstmals eine Gesamtdarstellung des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes in der Pfalz vor. Ausdrücklich konzentrierte sich Braun in seinem Beitrag auf die illegalen Organisationsansätze und die politische Traditionswahrung der beiden großen Arbeiterparteien.¹ Die zuvor in der Pfalz im Vergleich zum Reichsgebiet relativ starken linkskommunistischen und trotzkistischen Oppositionsgruppen traten nach 1933 kaum hervor.² Lediglich der eigentlich zuvor in der Pfalz organisatorisch schwachen linkssozialistischen SAP gelang es bis 1938 Organisationsstrukturen aufrecht zu erhalten.³

Zur Herausbildung des pfälzischen Arbeitermilieus

Die beiden großen Arbeiterparteien sowie ihre kleinen Konkurrenten und damit auch ihr Widerstand ab 1933 waren allerdings getragen von einer wesentlich größeren, gesamtgesellschaftlich agierenden Arbeiterbewegung. Diese wurde wiederum von einem von ihr geprägten und noch sehr viel umfangreicheren Arbeitermilieu getragen,⁴ das sich bereits mit dem Beginn der industriellen Revolution aus den lohnabhängig Beschäftigten gebildet hatte. Neben den in den unterschiedlichsten Arbeiterorganisationen Aktiven erfasste es auch deren Familienangehörige im weiteren Sinne und z.B. die Mitbewohner in den Arbeitervierteln. Zusätzlich zu eigenen Parteien und zu ihren zunächst berufsbezogenen Gewerkschaften umfasste die Arbeiterbewegung nahezu alle Facetten des menschlichen Lebens und bot dem Arbeitermilieu auf ihr fußende Perspektiven.⁵

1 Günter Braun, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, in: Gerhard Nestler/Hannes Ziegler (Hrsg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz, Landau 1993, S. 377-411. Eine 2. durchgesehene Auflage erfolgte 1997.

2 Marcel Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Essen 2014, S. 387-392.

3 Günter Braun, Einleitung zu: Karl Nord. Im Kampf gegen Unrecht und für die Freiheit. Erlebnisse und Erfahrungen eines politischen Gefangenen unter der NS-Diktatur, Ludwigshafen am Rhein 1986, S. 9-17.

4 Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.

5 Wolfgang Ruppert, Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum "Wirtschaftswunder", München 1986.

Eine auf Solidarität beruhende soziale Fürsorge wurde der Arbeiterfamilie praktisch von Geburt bis zum Tod angeboten. Während sich schwangere Arbeiterinnen zur Beratung an die Arbeiterwohlfahrt wenden konnten, leisteten Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Für über 100 Oppauer Kinder bot 1921 das Naturfreundehaus Elmstein sechs Wochen Unterkunft, die nach der verheerenden Explosion im Werk Oppau der BASF obdachlos geworden waren.⁶ Bezahlbare Lebensmittel zur Erhaltung der Arbeitskraft und zur Ernährung der Familie hielten die Konsumvereine bereit. Wer als Arbeiter auf „seinen letzten Weg“ ging, der konnte sich dank der Arbeiter-Sterbekasse darauf verlassen, dass sein Begräbnis die Hinterbliebenen nicht materiell überforderte und sie zusätzlich Trost durch die Worte eines Freidenkers fanden.

Neben solchen Beiträgen zur stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der arbeitenden Bevölkerung bot die Arbeiterbewegung auch in der Pfalz dem Arbeitermilieu ein unüberschaubares Bildungs- und Freizeitangebot – wesentlich getragen vom nahezu alle Sportbereiche abdeckenden Arbeiter-Turn- und Sportbund und dem Touristenverein „Die Naturfreunde“, aber auch von Arbeiterkulturvereinen unterschiedlichster Art.⁷

Schwerpunkt der pfälzischen Arbeiterbewegung war eindeutig die Agglomeration Ludwigshafen-Frankenthal. Von ihr geprägte Arbeitermilieus kennzeichneten aber auch Städte wie Pirmasens, Kaiserslautern oder Zweibrücken sowie viele umliegende Landgemeinden, deren Bewohner Beschäftigung in den industriellen Schwerpunkten der Pfalz gefunden hatten.

Pfälzisches Arbeitermilieu und Nationalsozialismus vor 1933

Diesem gewachsenen sozialen Milieu trat ab 1930 mit der NSDAP eine neue militante Bewegung entgegen, die ihr Ziel einer „Machtergreifung“ mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung verband.⁸ Sie konnte zum einen davon profitieren, dass nach der Spaltung der Arbeiterpartei 1917 auch die Arbeiterbewegung seit 1929 sich selbst in zwei sich unversöhnlich gegenüber stehende Flügel, namentlich einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen,

6 Klaus J. Becker, Von Beginn bis zum Raub - Anmerkungen zur Vor- und Frühgeschichte der Naturfreundehauses Elmstein, in: Geschichte und Geschichten unserer Heimat. Elmsteiner Heimatschrift 22 (2014), S. 15-18.

7 Klaus J. Becker, Kampf um die Klasse. Arbeitersport in Ludwigshafen am Rhein, in: Oberrheinische Studien 28 (2011), S. 89-110.

8 Eberhard Kolb, Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 270-278.

gespalten hatte. Damit wurde das von der Wirtschaftskrise schon äußerst hart getroffene Arbeitermilieu durch den inneren Zwist weiter verunsichert.⁹

Die zentralen Richtungsentscheidungen innerhalb der Arbeiterbewegung lassen sich jedoch keinesfalls schematisch auf das pfälzische Arbeitermilieu übertragen: So erfolgt z.B. bis Januar 1933 kein Ausschluss und auch kein Austritt der KPD-Mitglieder aus dem Freien Sportkartell Edigheim – trotz deutlicher sozialdemokratischer Mehrheit.¹⁰ Gleiches ergab sich bei der Freien Turnerschaft Lambrecht – sie erklärte sich für politisch neutral.¹¹ Zum anderen war aber auch nach dem „Preußenschlag“ der Regierung Papen am 20. Juli 1932 deutlich geworden, dass die Sozialdemokratie selbst in einer Extremsituation an ihrem Kurs des „Legalismus“ festhalten würde. Nachfolgend vollzog sich z.B. in den Kreisen des Arbeitersports auch in der Pfalz eine tiefe Resignation. Beispielhaft hierfür sei der Verband der Vereine für Volksgesundheit (VVG) genannt, der in seinem sehr populären Licht- und Luftbad an der Ludwigshafener Blies auch die Freikörperkultur praktizierte. Als das „Kabinett der Barone“ am 18. August 1932 das öffentliche Nacktbaden oder Baden in anstößiger Kleidung mit einer Geldstrafe belegte, blieb der Protest schwach, und man machte von sich aus Konzessionen – die Mitglieder zogen sich nun bei gymnastischen Übungen Badehosen über.¹²

Auch der Stimmenrückgang der NSDAP bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Arbeiterbewegung in Gänze weiterhin in der Defensive und das Arbeitermilieu unter einer erheblichen Pression befand. Die KPD hatte nur unerheblich mehr Stimmen gewonnen, als die pfälzische SPD verloren hatte. Diese hatte zwar unter dem Motto „Gegen Papen, Hitler, Thälmann! Für sozialistische Volksherrschaft!“ die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Pfalz zu zahlreichen Kundgebungen mobilisiert, deren „imposanter“, „prächtiger“, „wuchtiger“, „gewaltiger“ usw. Verlauf, noch einmal Stärke und Kampfbereitschaft vermitteln sollte. Allerdings wurden viele pfälzische Landgemeinden von der Partei nicht mehr erreicht – weil hier die Nationalsozialisten längst die Herren der Straße waren und der finanzielle Aufwand für einen flächendeckenden Wahlkampf in keinem Verhältnis zum erwarteten Erfolg gestanden hätte. In der Nachschau wurde hierin eine der Hauptursachen für die Wahlniederlage vom 6. November 1932 gesehen.¹³

9 Klaus J. Becker, Gespalten in den gemeinsamen Untergang. Die pfälzischen Arbeiterparteien 1930-1933, in: Gerhard Nestler/Stefan Schaupp/Hannes Ziegler (Hrsg.), Vom Scheitern der Demokratie. Die Pfalz am Ende der Weimarer Republik, Karlsruhe 2010, S. 229-262.

10 StALu, N 2, Nr. 156 (Protokollbuch für Freies Sportkartell Edigheim 1926-1933).

11 StALu, PGV 23, Nr. 8 (Protokollbuch für die Freie Turnerschaft e.V. Lambrecht 1930-1933).

12 Franz Walter/Cornelia Regin, Der "Verband für Volksgesundheit", in: Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin, (Hrsg.), Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991, S. 51-52.

13 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Pfalz, Bericht 1931/32, Ludwigshafen am Rhein o.J., S. 27.

Neben der Eroberung der Straße war es der pfälzischen NSDAP durch die diffussozialistischen Ideen des Gauleiters seit 1930 auch überdurchschnittlich gelungen, gerade junge und noch nicht im Arbeitermilieu verwurzelte Arbeiter zu rekrutieren.¹⁴ Trotzdem verweigerte sich das Arbeitermilieu der Partei der Beamten, Angestellten und Bauern offen und beharrlich. Wie wenig man sich aber tatsächlich auf den in den Wehrorganisationen der Arbeiterbewegung und im Arbeitersport selbst jahrzehntelang trainierten Klassenkampf vorbereitet hatte, zeigen die letzten Einträge in Protokollbüchern: Der Vorstand („Engere Turnerrat“) der Freien Turnerschaft Lambrecht tagte zum letzten Mal am 24. Januar 1933 und beschloss, die sozialdemokratische „Pfälzische Post“ zu verklagen, weil diese die Freie Turnerschaft Lambrecht bezichtigte, mit dem KPD-nahen Roten Sport in Neustadt in enger Verbindungen zu stehen, und bereitete ansonsten die Faschingskampagne 1933 vor!¹⁵ Das Freie Sportkartell Edigheim tagte zum letzten Mal genau am 30. Januar 1933 und beschloss, lediglich die Anschaffung eines Vervielfältigungsapparates – nicht zur Abwehr des Nationalsozialismus sondern zur Eigenwerbung.¹⁶

Widerstand und Anpassung im Arbeitermilieu ab 1933

In der Regel nicht nur organisatorisch gespalten, sondern häufig auch noch persönlich verfeindet, stand am 30. Januar 1933 die Arbeiterbewegung der Machtübergabe durch die nationalkonservativen Kreise um den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg an die Nationalsozialisten kampfunfähig gegenüber. Entsprechend war sie auch der erste Angriffspunkt der neuen Machthaber. Die von Hitler¹⁷ offen angekündigte und von wesentlichen Kreisen der deutschen Unternehmer auch gewünschte Zerschlagung war allerdings bereits durch das „Kabinett der Barone“ eingeleitet wurden. So war die Notverordnung „Zum Schutze des Deutschen Volkes“ noch vom Präsidialkabinett Papen geplant worden. Sie wurde nun vom Präsidialkabinett Hitler umgesetzt, was die Versammlungs- und Pressefreiheit der Arbeiterbewegung ab dem 4. Februar 1933 bereits wesentlich einschränkte und ihr den agitatorischen Rückhalt im Arbeitermilieu nahm. Zwar waren die Wehrorganisationen der Arbeiterbewegung unter Einschluss des Arbeitersports zahlenmäßig den bezahlten Schlägerhorden der SA weit überlegen, aber noch immer glaubte die KPD, den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie führen zu müssen. Zugleich verharrten die in Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

14 Hans Fenske, Aufmarsch unterm Hakenkreuz, in: Nestler/Ziegler (wie Anm. 1), S. 18-19.

15 StALu, PGV 23, Nr. 8.

16 StALu, N 2, Nr. 156.

17 Kolb (wie Anm. 8), S. 273.

sowie der Eisernen Front organisierten Wehrverbände der Sozialdemokratie auch dann weiter im politischen Legalismus, als die nach dem Reichstagsbrand zu Hilfspolizisten ernannten SA-Kolonnen ab Ende Februar 1933 auch in den pfälzischen Arbeitervierteln zu wüten begannen.¹⁸

Das völlige Versagen des Arbeiterselbstschutzes illustriert das Beispiel des Ludwigshafener SPD-Reichstagsabgeordneten und pfälzischen Reichsbannerführers Friedrich Wilhelm Wagner. Statt nach dem reichsweiten Verbot des Reichsbanners am 10. März 1933 Rücksprache mit seinem pfälzischen Unterführern zu halten – Vorbereitungen auf eine Illegalität hatte es bisher keine gegeben –, ging Wagner am nächsten Tag einfach weiter seiner beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt nach. Noch am gleichen Tag verhaftet, konnte er sich durch eine erfolgreiche Flucht zwar der weiteren Verfolgung entziehen¹⁹ – zurück blieb aber eine kopflose Wehrorganisation, die selbst zum Eigenschutz in den Arbeitervierteln niemanden mehr auf die Straße brachte. Stattdessen wurden die pfälzischen Reichsbannerführer in die wilden Lager der SA, z.B. in die Lachen-Speyerdorfer Kaserne, überführt, in die zuvor schon ab Ende Februar die führenden Mitglieder der Wehrorganisationen der hiesigen KPD verschleppt und anschließend brutal misshandelt worden waren.²⁰ Lediglich in Oppau gingen am 10. März 1933 Reichsbannerangehörige aktiv gegen Nationalsozialisten vor.²¹

Wider Erwarten war die Arbeiterbewegung damit aber in Gänze noch nicht besiegt: Bei den im März 1933 angehaltenen Betriebsratswahlen zeigte

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit, sed diam nonummy nibh euismod tincidunt

An die Bevölkerung Oppaus!

Auf dem Rathause wurde als Zeichen der nationalen und sozialen Revolution das Banner der Freiheit gehißt. Wir erachten es für unsere Pflicht, die Bevölkerung über die Vorfälle heute früh anzukündigen. Bekanntlich wurde ein Mann vor dem Rathause von einem Unbekannten erschossen.

**Die Schuld am Tode dieses Mannes trägt einzig und allein
Bürgermeister Dr. Jörn, welcher auch verhaftet wurde.**

Um allen hieran anknüpfenden Gerüchten vorzubeugen, gelten folgende Tatsachen:

„Auf Wunsch des Reichskommissars General Ritter von Epp, welcher die Polizeigewalt in Bayern übernommen hat, sollten zum äußeren Zeichen die Fahnen des neuen Deutschlands auf den Rathäusern wehen.

Der Vertreter der R.S.D.A.P. zog deshalb mit der Oppauer SA u. SS zum Rathaus um die Hakenkreuzfahne zu hissen. Bürgermeister Dr. Jörn verweigerte die Schlüssel zum Rathausspeicher. Dr. Jörn verlangte außerdem das Herinholen der Fahne aus dem Fenster der Polizeistation. Er wurde aufmerksam gemacht, daß er für alle Folgen verantwortlich sei. Jörn versuchte nun mit Gewalt die Fahne herunterzureißen. Die Reichsbannerleute Berlinger Peter und Janßen Peter unterstützten den Bürgermeister bei seinem Vorhaben. Jörn brüllte zum Fenster hinaus, morast das Reichsbanner und die Kommunisten das Rathaus zu stürmen verjachten. SA u. SS waren schon vom Rathausplatz oberwärts und nur eine Fahnenwache von 10 Mann vorhanden. Das Reichsbanner stürmte gegen diese Leute vor und versuchte die Fahne herunterzureißen. Bei dem Tumult fielen einige Schiffe, wodurch ein Mann getötet wurde. Nach Angabe des Reichsbannerführers Bisinger wurde aus der Menge geschossen. Bürgermeister Jörn gab schon gestern Befehl an die Polizei, das Hiszen der Hakenkreuzfahne mit Gewalt zu verhindern.

Bürger von Oppau! Das ist die Wahrheit!

Bewahrt Ruhe und Ordnung damit ähnliches nicht wieder vorkommt. Die Amtsgeschäfte auf dem Rathause gehen ungestört weiter. Gegen Aufheißer und Heher wird rücksichtslos vorgegangen. Jeder der Ruhe und Ordnung liebt, ist uns willkommen. Wir reichen jedem ehrlichen Deutschen, ob Arbeiter, Bauer oder Bürger die Bruderhand.

Eine neue Zeit ist angebrochen für Deutschland.
Heil Hitler!
R. S. D. A. P. Ortsgruppe Oppau.

Buchdruckerei Oswald Rieder.

18 Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

19 Andreas Marquet, Friedrich Wilhelm Wagner (1894-1971). Eine politische Biografie. Inauguraldissertation an der Universität Mannheim 2013, S. 170-174.

20 LA SP, Best. J 72, Nr. 269.

21 StALu, N 151 (Nachlasssammlung Georg Hüter).

das Arbeitermilieu noch immer Standfestigkeit: In Ludwigshafen z.B. errang die Nationalsozialistische Betriebsorganisation im Werk Giuliani nur vier Sitze gegenüber sieben einer Einheitsliste aus sozialdemokratischem ADGB, kommunistischer RGO und Christlichen Gewerkschaften. Als reichsweit in 1.387 Betrieben nur 11,7 Prozent aller Betriebsrätemandate auf die NSBO entfallen waren, unterbrach die Regierung die Wahl mit dem Gesetz über die Betriebsvertretungen vom 4. April 1933 zunächst bis zum September 1933, ohne sie dann fortzusetzen. Als Strafe für die resistenten Arbeiter wurden mit dem Gesetz vom 4. April 1933 die Arbeitgeber ermächtigt, Betriebsangehörige bei „Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu entlassen.²²

Zusätzlich waren schon am 29. März 1933 sämtliche Arbeitervereine verboten worden. Von diesem Vorgang wurden z.B. die Ludwigshafener Naturfreunde offensichtlich völlig überrascht, denn „wie immer“ fand man sich zwei Tage später an Ostern 1933 im Naturfreundehaus Elmstein zusammen, um gemeinsam die für die Arbeiterbewegung symbollosen Osterfeiertage zu verbringen. Vermutlich stand bei diesem Treffen zwar auch das „Wie weiter?“ auf der Tagesordnung, aber ein Überfall von SA-Horden, die aus Neustadt auf offenen LKWs angerückt waren, beendete die Zusammenkunft. Die anwesenden Naturfreunde und auch die Familie des Hausverwalters Merkel wurden mit rüden Maßnahmen aus dem Haus vertrieben. Die Kasse wurde beschlagnahmt und der Hausverwalter damit in die nachfolgende Verschuldung getrieben. Betten, Möbel und Inventar wurden geplündert und selbst die Vereinsbibliothek wurde verschleppt. Betroffen vom gleichen Terror waren allein im damaligen Stadtgebiet von Ludwigshafen bis 1935 mindestens 75 „marxistische“ Vereine, darunter 44 Arbeitersportvereine.²³ Auch wenn Einzelne – so auch Mitglieder der Freien Turnerschaft Ludwigshafen – in den eigenen Reihen gegen diese Verfolgungen kurzlebige und bald von der Gestapo zerschlagene Zellen des Widerstandes zu bilden versuchten,²⁴ beabsichtigten die meisten Arbeitersportler doch einem ähnlichen Schicksal dadurch zu entgehen, in dem sie sich benachbarten bürgerlichen Vereinen anschlossen. In der Regel wurden sie dort aber als „Märzgefallene“ abgelehnt – auch der Namenswechsel eines Arbeitersportvereins verhinderte nur selten die Auflösung. Viel entscheidender als das zwölfjährige Organisationsverbot aber war der nachhaltige Verlust des eigenständigen Sportkulturansatzes des Arbeitersportes, der das Massenerlebnis und die Hebung der Durchschnittsleistung vor den individuellen Erfolg gesetzt hatte. Ersetzt durch natio-

22 Eberhard Heuel, *Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933-1935*, Frankfurt am Main/New York 1989, S. 472-479.

23 Lothar Meinzer, *Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches*, Ludwigshafen am Rhein 1991, S. 169 f.

24 StALu, N 99 (Nachlass Jakob Rummer), Nr. 2.

nenal Chauvinismus und wehrsportliche Kriegsvorbereitung wurde er nach 1945 nicht mehr aufgenommen.²⁵ Die Auflösung der für die Versorgung des Arbeitermilieus so wichtigen Konsumvereine erfolgte endgültig hingegen erst 1941, als die zunächst z.B. als „Verbraucher-Genossenschaft Ludwigshafen am Rhein“ unter NS-Leitung fortgeführten Einrichtungen in das Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt wurden.²⁶

Die Entscheidung zur Gründung der Deutsche Arbeitsfront (DAF) war spätestens seit den gescheiterten Betriebsratswahlen innerhalb der NSDAP-Führung gefallen. Trotzdem versuchte die ADGB-Führung, die eigenen Organisationen durch einen Kurs der Anbiederung an die NSDAP zu retten und bot im April 1933 sogar an, sich „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“. Gleichzeitig distanzierte sich der Vorsitzende Theodor Leipart von der SPD und erklärte den ADGB für parteipolitisch neutral. Höhepunkt dieser Politik war der Aufruf des Bundesvorstandes zur Teilnahme am „Feiertag der nationalen Arbeit“, zu dem die NS-Führung den 1. Mai umdeuten wollte.²⁷ Das Ergebnis war ein nahezu geschlossener Antritt der Arbeiterschaft auch in der Pfalz bei den staatlichen Maiumzügen. Die zur Anpassung bereiten kilometerlangen Marschkolonnen aus dem Arbeitermilieu ließen die zum Widerstand entschlossene Minderheit der pfälzischen Arbeiterbewegung erschüttert zurück.²⁸



Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit, sed diam nonummy nibh euismod tincidunt

25 Becker (wie Anm. 7), S. 110.

26 Verbraucher-Genossenschaft Ludwigshafen am Rhein e.G.m.b.H., Geschäftsbericht für 1935/36, Ludwigshafen am Rhein 1936.

27 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, Köln 1984, S. 65 ff.

28 Herbert Müller, "Das Sterben an sich war gar nicht so schlimm, aber die Angst, wie man stirbt", in: Lothar Steinbach (Hrsg.), Mannheim - Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 327.

Der Dank des Regimes für die ADGB-Aufforderung, sich „allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern zu beteiligen“ erfolgte am nächsten Morgen: Um zehn Uhr besetzten SA- und SS-Kommandos reichsweit die Gewerkschaftshäuser und verhafteten z.B. in Ludwigshafen die sechs Bezirkssekretäre des ADGB. Das Gewerkschaftsvermögen wurde konfisziert; die Gewerkschaftspresse wurde nun im Sinne der Herrschenden redigiert. Am 6. Mai 1933 wurde die DAF als neue Einheitsorganisation für Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstelle des ADGB und der kleineren Verbände außerhalb des ADGB propagiert.²⁹

Am 23. Juni 1933 verkündete die „NSZ Rheinfront“: „Marxismus endgültig vernichtet“.³⁰ Das damit gemeinte Verbot der SPD war als ein Zeichnen an das ganze Arbeitermilieu in der Pfalz gedacht. Deutlich wurde dies in der Ausgabe der „NSZ-Rheinfront“ vom 26. Juni 1933: Die Umwandlung des schon am 13. März 1933 besetzten Hauses der Freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen in Iggelbach in ein SS-Heim wurde damit begründet, dass die „Parteileitung[en] der Pfälzer Moskowiter beiderlei Färbung“ hier eine „Brutstätte des Atheismus“ unterhalten hätten.³¹ Die Umwandlung war von erheblichen Nötigungen gegen die Freireligiöse Gemeinde begleitet – bis zur Inhaftierung von vier Iggelbacher Gemeindegliedern wegen des Verdachts, gegen „die nationale Regierung zu wühlen“.³² In deren Folge erklärten bis August 1933 16 der 50 freireligiösen Familien in Iggelbach ihre Rückkehr zur staatstragenden protestantischen Kirche der Pfalz.³³

Wenn also aus den Reihen der Arbeiterbewegung nach dem Verbot der SPD noch offener Widerstand gezeigt wurde, erfolgte immer die Abstrafung des ganzen Arbeitermilieus. Beispielhaft hierfür ist die pfälzische Gemeinde Mölschbach zu nennen, die bis 1933 mit Heinrich Edinger einen kommunistischen Bürgermeister gehabt hatte. Am 15. September 1933 erfolgte eine Besetzung des gesamten Dorfes durch 200 Mann Hilfspolizei, SA und SS. Dabei wurden 22 Bewohner in Schutzhaft genommen, da „mit dem Versuch der Fortführung marxistischer Ideen gerechnet werden muß“.³⁴ Die erhoffte Friedhofsruhe stellte sich aber nur bedingt ein. So musste der Polizeiapparat auch für die SPD-Hochburg Heßheim

29 Franz Josef Furtwängler, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1964, S. 591 ff. und Meinzer (wie Anm. 23), S. 162 ff.

30 NSZ Rheinfront v. 23.6.1933 ("Marxismus endgültig vernichtet").

31 NSZ Rheinfront v. 26.6.1933 ("SS weihet ihr Heim").

32 Renate Bauer, Nationalsozialistische Unterdrückungsmethoden, dargestellt anhand der Geschichte des Hauses Mühleck in Iggelbach, in: Geschichte und Geschichten unserer Heimat. Elmsteiner Heimatschrift 22 (2014), S. 19-22.

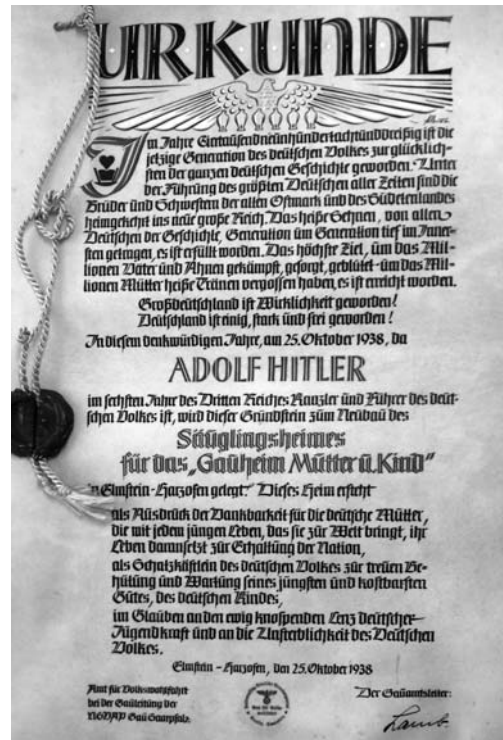
33 Friedhelm Borggreffe, "Im Gleichschritt Marsch". Evangelisch in Ludwigshafen 1933-1945, Ludwigshafen am Rhein 2014, S. 14-15.

34 StALu, N 1 (Nachlass Herbert Müller), Nr. 52.

eingestehen, dass trotz fortgesetzter Überwachung innerhalb des Milieus noch immer sozialdemokratisch mit „Freiheit“ oder kommunistisch mit „Rotfront“ begrüßt werde.³⁵ Entsprechend gingen mit fortgesetzter Brachialgewalt am 7. Oktober 1933 200 Polizisten und SA-Leute in Schifferstadt vor. Hier waren anlässlich des Reichstagsbrandprozesses im September 1933 antifaschistische Flugblätter verteilt worden, worauf die Polizei mehrere Schifferstädter Kommunisten inhaftiert hatte. Als anlässlich deren Deportation ins KZ Dachau am 4. Oktober 1933 erneut Flugblätter auftauchten, wurde drei Tage später „eine umfangreiche Polizei-Aktion in den Kommunistenvierteln von Schifferstadt“ durchgeführt, in deren Verlauf 15 Personen verhaftet und umfangreiches marxistisches Schriftgut beschlagnahmt wurde.³⁶

Am 12. November 1933 beabsichtige die NSDAP ihre Diktatur durch Scheinwahlen zum Reichstag legitimieren zu lassen. Bemerkenswerterweise verliefen sie aber gerade in der „braunen“ Pfalz nicht störungsfrei: So mussten die Nationalsozialisten im „roten“ Lambrecht 349 Stimmenthaltungen eingestehen; mit 13,3 Prozent war dies der höchste Prozentsatz in ganz Deutschland.³⁷ In der Regel leisteten jedoch selbst ehemalige kommunistische Hochburgen keinen vergleichbaren Widerstand mehr. Auch in Mölschbach votierten am 12. November 1933 von 405 Wahlberechtigten 405 für die Liste der NSDAP.³⁸

Im Anschluss an die „Reichstagswahl“ wurden auch weitere Willkürakte aus der Zeit der Machtergreifung legitimiert: So wurde im Rahmen der Durchführung des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 z.B. am 16. November 1933 auch das Naturfreundehaus Elmstein durch das Neustädter Bezirksamt offiziell eingezogen. Später errichteten die NS-Machthaber darin ein „Gauheim Mutter und Kind“, das bis Kriegsende in



35 Michael Schepua, Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz. Herrschaftspraxis und Alltagsleben in den Gemeinden des heutigen Landkreises Ludwigshafen 1933-1945, Mannheim 2000, S. 443-444.

36 Ebd., S. 452-455.

37 Neues Leben v. 8.8.1947 ("Lambrecht - eine Hochburg des Sozialismus").

38 StALu, N 1, Nr. 52.

Betrieb blieb.³⁹ Zeitgleich wurde in Germersheim die zuvor auch für Bildung des Arbeitermilieus wichtige Bibliothek des SPD-Ortsvereins an den der NSDAP übereignet. Die hiesigen Parteifahnen hatte man bereits unmittelbar nach dem SPD-Verbot übergeben – ein in Anbetracht der hohen Symbolik von Fahnen innerhalb der Arbeiterbewegung bemerkenswert widerstandsloser Akt.⁴⁰

Anderenorts führten die fortgesetzten NS-Übergriffe aber auch zu neuerlichen Abwehrreaktionen im Arbeitermilieu: Bereits in der Weimarer Republik hatte die KPD hierzu mit der „Roten Hilfe“ ein „Proletarisches Rotes Kreuz“ als Massenorganisation geschaffen, das vor allem die Angehörigen politischer Gefangener unterstützte. Ihr illegaler Neuaufbau war nun das nächste Angriffsziel der Bayerischen Politischen Polizei: Am 11. Februar 1934 gingen „sämtliche Kriminal- und Polizeikräfte sowie zirka 300 Mann SA und SS“ gegen die Ortsgruppe der KPD in Pirmasens sowie die dortige „Rote Hilfe“ vor. Mitten in der Nacht wurden zwei ehemalige „Verkehrslokale“ der KPD während der laufenden Faschingsveranstaltung gestürmt und „bis in die frühen Morgenstunden“ Hausdurchsuchungen durchgeführt. 30 Personen wurden in das Amtsgerichtsgefängnis verbracht.⁴¹ Auch in Kaiserslautern führte der Wiederaufbau der „Roten Hilfe“ am 26. Februar 1934 zu drei Verurteilungen mit Gefängnisstrafen bis zu eineinhalb Jahren durch das Oberste Landesgericht München.⁴² Die fortgesetzte Existenz von „Kreisen, die dem heutigen Staat verneinend gegenüberstehen“, bestätigte auch der Senat der Stadt Ludwigshafen am 20. März 1934, als er einem KPD-Mitglied die deutsche Staatsbürgerschaft entzog.⁴³ Seine Partei hatte versucht, neben dem hartnäckigen Versuch des Wiederaufbaus ihrer nach dem 28. Februar 1933 zerschlagenen Organisationen, sich immer wieder durch die schlagartige Verbreitung von Flugblättern auch an das gesamte Arbeitermilieu im Umkreis ihrer pfälzischen Widerstandsgruppen zu wenden.⁴⁴ Das gleiche Ziel stellten sich im Frühjahr 1934 die pfälzischen Widerstandsgruppen der SPD, die beabsichtigten, eine große Anzahl des Flugblatts „Kinder kauft Kämme“ in einer koordinierten Aktion an Christi Himmelfahrt in der ganzen Pfalz zu verteilen.

39 Becker (wie Anm. 6), S. 15-18.

40 Sascha Weber, Die Geschichte der Sozialdemokratie in Germersheim, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 109 (2011), S. 161.

41 NSZ Rheinfront v. 12.2.1934 ("Dreißig Kommunisten verhaftet").

42 Halbmonatsbericht der Bayerischen Politischen Polizei vom 1. bis 14. März 1934, in: StALu, N 1, Nr. 49, Bl. 74.

43 StALu, Best. PA I, Nr. 101, Bl. 181-183, (Protokoll über die öffentliche Sitzung des Senates der Stadt Ludwigshafen).

44 Klaus J. Becker, Anpassung, innere Verweigerung, offener Widerstand, Repression. Der kommunistische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und dessen Zerschlagung in der Pfalz anhand anhand neu zugänglicher Archivalien, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 108 (2010), S. 313-333.

Hierzu wurde am 6. Mai 1934 eigens ein Konspirationstreffen auf dem Asselstein bei Annweiler durchgeführt, an dem nicht nur Mitglieder der SPD, sondern organisationsübergreifend auch der SAP teilnahmen.⁴⁵ Auch anlässlich der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs am 19. August 1934 plädierten Unbekannte in Limburgerhof mit Flugblättern an das „klassenbewusste Proletariat“ nicht den „Arbeiterbetrüger Hitler“ zu legitimieren.⁴⁶

Verweigerungen des Arbeitermilieus innerhalb der gefestigten Diktatur ab 1935

Solche ins Arbeitermilieu hinein gerichtete „Wir sind noch da“-Aktionen führten aber häufig zur Enttarnung von Widerstandsgruppen durch die Gestapo; nicht selten durch im Milieu gewonnene Spitzel,⁴⁷ aber auch durch im Gefängnis „umgedrehte“ ehemalige Widerstandskämpfer.⁴⁸ Daraufhin passten sich ab 1935 die bekannten Hitler-Gegner auch in der Pfalz den Bedingungen der gefestigten Diktatur an: Statt schlagartiger Aktionen mit Breitenwirkung rückte nun in den Mittelpunkt des Widerstands möglichst unauffällig Kontakt mit Gleichgesinnten aus der Arbeiterbewegung zu halten, aber auch um Klassenbewusstsein und Tradition im Milieu zu pflegen. Gleichzeitig sollte damit die nun als schädlich empfundene Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden.⁴⁹ Ein gutes Beispiel für eine solche Traditionspflege war schon in dem Deutschland-Bericht der Sopade vom Juli 1935 zu finden: „Am Pfingstsonntag wollten etwa 60 Ludwigshafener in zwei Omnibussen die Kriegsgräber bei Verdun besuchen. Alles war geregelt und in bester Ordnung, als früh bei der Abfahrt die Gestapo erschien. Die Reisetilnehmer mussten wieder aussteigen und nach dem nächsten Polizeirevier marschieren. Es wurde dann dort festgestellt, dass es lauter ehemalige Mitglieder des Touristen-Vereins 'Die Naturfreunde' waren. Auf der Polizeiwache wurde ihnen erklärt, daß von höherer Seite verfügt wäre, die Fahrt könne nicht stattfinden. Es wurden ihnen die Pässe abgenommen und Schweigepflicht anbefohlen. Dann durften sie im Abstand von 5 Minuten nach Hause gehen, da-

45 Julia Kratz, Vom illegalen Kampf gegen die Hitler-Diktatur - Vom Asselstein bis zur Befreiung, in: Klaus J. Becker (Hrsg.), 80 Jahre Asselstein. Widerstand und Gedenken. Ludwigshafen am Rhein 2014, S. 23-35.

46 Schepua (wie Anm. 35), S. 447.

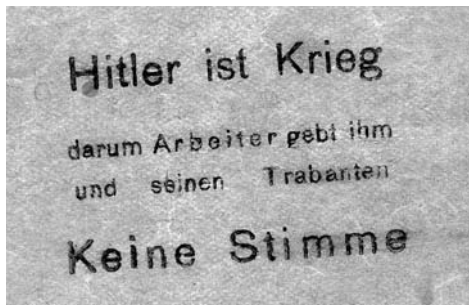
47 Beispielhaft für die Frankenthaler Sozialdemokratie dargestellt bei Gerhard Nestler, Verfolgung, Widerstand, Resistenz und Verweigerung, in: ders., Frankenthal unterm Hakenkreuz, Ludwigshafen am Rhein 2004, S. 375-376 und bei Schepua (wie Anm. 35), S. 448 für die Mutterstadter SPD.

48 StALu, N 99, Nr. 52.

49 Günter Braun, Verfolgung – Emigration – Widerstand. Pfälzische Sozialdemokratie unter der Naziherrschaft, in: Manfred Geis/Gerhard Nestler, Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, Edenkoben 1999, S. 505-531.

mit ja kein Aufsehen erregt werde.“⁵⁰ Aber auch die angestrebten unauffälligen Kontakte mit Gleichgesinnten blieben von der Gestapo nicht unbeobachtet: So wurde am 27. Dezember 1935 in Frankenthal ein Gesprächskreis aus Mitgliedern von KPD, SPD und SAP, die auch Kontakte zum ehemaligen Ludwigshafener SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhard Jacobshagen pflegten, durch die Verhaftung der Teilnehmer zerschlagen.⁵¹

Trotz solch eindeutiger Signale in den resistenten Teil des Arbeitermilieus hinein, zeigten die dortigen Verweigerer weiter Beharrlichkeit: Zur Reichstagswahl am 29. März 1936 wurden von der KPD sowohl in Ludwigshafen wie Kaiserslautern gleichlautende Klebezettel mit Aufrufen zum Wahlboykott entlang der morgendlichen Marschrouten der Arbeiter in die Fabriken verbreitet. Eine nicht von Erfolg gekrönte Aktion, aber sie belegte die Fähigkeit der organisierten Teile der Arbeiterbewegung, auch 1936 noch koordiniert Aufrufe zum Widerstand innerhalb des Arbeitermilieus zu verbreiten.⁵²



Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit, sed diam nonummy nibh euismod tincidunt

Entsprechend wurde auch die seit 1933 angewandte Postzensur aufrechterhalten – da nach politisch nicht opportunen Inhalten gesucht wurde, dürfte der größte Teil der Empfänger von den 3.760 allein von der Frankenthaler Kriminalpolizei im Jahr 1936 geöffneten Postsendungen innerhalb des Arbeitermilieus zu finden gewesen sein. 14 Briefe wurden beschlagnahmt und mindestens von 38 weiteren Abschriften gefertigt.⁵³

Dass weder Arbeiterbewegung noch Arbeitermilieu geschlossen zum Nationalsozialismus übergegangen waren, bestätigte im selben Jahr auch Georg Reinhold als Leiter des für die Pfalz zuständigen Grenzsekretariats der Sopade: „Es ist allgemein bekannt, daß sich die früher als gute Sozialdemokraten und Gewerkschafter bekannten Arbeiter noch nicht zum neuen System bekannt haben, und es glaubt jetzt erst recht niemand daran, daß dies noch geschehen wird. Nur einzelne haben sich in den in letzter Zeit gegründeten Betriebs-Gesangvereinen, Sportabteilungen usw. angeschlossen, und auch da nur, wenn Druck wegen

50 Klaus Behnken (Hrsg.), Deutschland-Berichte der Sopade. Nachdruck in sieben Bänden, Frankfurt am Main 1980, hier: Jg. 1935, S. 831.

51 Nestler (wie Anm. 47), S. 380 und StALu, Best. SLu (Antifa-Archiv Hermann W. Morweiser), Nr. 49.

52 StALu, N 1, Nr. 54 und Nr. 71.

53 Nestler (wie Anm. 47), S. 373.

Werkswohnung oder ähnlichen Gründen ausgeübt werden konnte. Unsere Leute treffen sich in bestimmten Lokalen und bei Spaziergängen, wobei sie sich gegenseitig unterrichten über das, was sie in verbotenen Zeitungen gelesen oder im Radio gehört haben“.⁵⁴

Trotzdem forderte im Dezember 1936 die „operative Leitung des Politbüros der KPD“ in ihren Richtlinien für Arbeiten in Baden/Pfalz 1936-1937, die Parteiaktivitäten wieder aus den schützenden Arbeiterwohngebieten in die Betriebe und die NS-Massenorganisationen zu verlagern.⁵⁵ Wer dies aber versuchte, dem drohte wiederum der Zugriff der Gestapo: So wurde bereits am 2. Dezember 1936 der bekannte Ludwigshafener KPD-Aktivist August Neu wegen kommunistischer Mundpropaganda und Veranstaltung eines Gemeinschaftsempfanges der Moskauer Sendungen inhaftiert und trotz Freispruchs durch das Oberlandesgericht Stuttgart am 22. Juli 1937 in das KZ Welzheim überführt.⁵⁶ Entsprechend war nach dem Lagebericht der Gestapo die kommunistische Tätigkeit im Bereich Nordbaden/Pfalz im Jahr 1937 bereits deutlich zurückgegangen. Die Verbindungen zwischen der zentralen Führung und der Mannheimer Bezirksleitung waren zum gleichen Zeitpunkt nur noch sporadisch.⁵⁷ Trotzdem hielt die Staatspolizei den Fahndungsdruck hoch: Als 1937 Unbekannte „Heil Moskau“ an die Wand der Flomersheimer Bahnhofstoilette schmierten, geriet erneut das ganze Milieu unter Beobachtung: Sämtliche Flomersheimer Haushaltslisten sowie alle An- und Abmeldungen wurden vergeblich nach einer vergleichbaren Handschrift überprüft.⁵⁸ Auch die demonstrative Teilnahme von 1.000 Angehörigen des Arbeitermilieus an der Beerdigung des bekannten Sozialdemokraten Friedrich Schalk am 11. November 1937 in Mutterstadt erregte natürlich das Interesse sowohl der Gestapo als auch des SD des Reichsführers SS.⁵⁹

Zum 1. Februar 1938 erstellte die Gestapo für Germersheim ein Dossier, das zu dem Ergebnis kam, dass von den ehemals führenden SPD-Mitgliedern lediglich einer nach wie vor bekennender Gegner war und für den neuen Staat keinerlei Interesse zeigte. Zwei weitere versuchten nicht aufzufallen und einer war zur SA

54 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bestand Emigration Sopade, Mappe 93, Nr. 107.

55 Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt am Main 1979, S. 139 ff. und Hermann Weber, Die Kommunisten, in: Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 326.

56 Hermann W. Morweiser, Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen am Rhein 1981, S. 29.

57 Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933 - 1940, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1976, hier: Lagebericht der Staatspolizeileitstelle in Karlsruhe v. 5.1.1938, S. 194 ff.

58 Nestler (wie Anm. 47), S. 373..

59 Schepua (wie Anm. 35), S. 448-450.

übergelaufen. Eine Mikro-Studie, die im Jahr 1938 dem Makro-Bild sowohl der pfälzischen Arbeiterbewegung als auch dem des Arbeitermilieus entsprach.⁶⁰ Ein schwerer Schlag gegen die Versorgung der verbliebenen Widerstandsgruppen und ihrem Vorfeld im Arbeitermilieu mit Materialien der kommunistischen Auslandsleitung gelang der Gestapo noch im Oktober 1938 mit einer Razzia auf verdächtigen Rheinkähnen. Aus einer Reihe von Prozessen wusste die Gestapo, dass diese zum Transport der Materialien sowohl aus Frankreich als auch aus den Niederlanden genutzt wurden. Unter den verhafteten Rheinschiffnern befanden sich auch die Gebrüder Hermann und Hugo Steigleiter aus Speyer, die am 19. März 1940 vom III. Senat des Volksgerichtshofs in Berlin wegen Landesverrats zum Tode verurteilt und am 6. November 1940 hingerichtet wurden.⁶¹

Nach der erfolgreichen Razzia trat die KPD im Regierungsbezirk Pfalz in organisatorischer Hinsicht zunächst nicht mehr in Erscheinung;⁶² Verhaftungen im Arbeitermilieu wegen „kommunistischer und marxistischer Umtriebe“ (mit „marxistischen Umtrieben“ waren Aktionen von Sozialdemokraten gemeint) erfolgten aber weiterhin. Noch im Mai 1939 meldete die Neustädter Gestapo acht solcher Festnahmen, darunter eine wegen illegaler Betätigung für die KPD.⁶³ Trotzdem bestätigte die Gestapo reichsweit zusammenfassend auch für das Jahr 1939 „eine nach Zehntausenden zählende Menge von ehemaligen Funktionären, roten Betriebsräten usw., welche auch heute noch als fanatische Gegner des Dritten Reiches gelten“.⁶⁴

Das lange Warten auf die Befreiung

Ab September 1939 wurden Deutschlands Grenzen immer undurchlässiger: Während mit Beginn des Zweiten Weltkrieges z.B. in Grünstadt die Mitglieder der KPD von ihrer eigenen Kurierlinie abgeschnitten wurden und daraufhin mangels Instruktionen jegliche antifaschistische Aktivität innerhalb des Arbeitermilieus einstellten,⁶⁵ nahm 1940 die sich selbst als solche verstehende KPD-Bezirksleitung Nordbaden-Pfalz unter der Führung des ehemaligen Mannheimer Landtagsabgeordneten Georg Lechleiter auch ohne „zentrale Anleitung“ ihre konspirative Aktivität wieder auf. Zu Beginn des Jahres 1941 erfolgte eine Verstärkung der kommunistischen Tätigkeit; u.a. strebte man den Wiederaufbau von Stütz-

60 Weber (wie Anm. 38), S. 165-166.

61 Hermann W. Morweiser, Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer, Speyer 1983, S. 102 ff. sowie StALu, SLu 43.

62 Dokument Nr. 49 bei Morweiser (wie Anm. 56), S. ?.

63 StALu, SLu 48.

64 Braun (wie Anm. 49), S. 529.

65 Mündliche Auskunft Heinrich Müsel am 14.7.1995.

punkten der KPD in der benachbarten Pfalz – insbesondere bei der BASF in Ludwigshafen – an.⁶⁶

Aufbauen konnte sie dabei insbesondere auf die noch immer latent vorhandene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus innerhalb des Arbeitermilieus von Ludwigshafen: Als Kinder aus der Adolf-Hitler Siedlung (heute: Niederfeld-Siedlung) im April 1941 von dort beim Bunkerbau eingesetzten französischen Kriegsgefangenen Schokolade erbettelten, kritisierte die örtliche NSDAP dies als unwürdig und bat die Polizei durchzugreifen. Eine Belehrung der Eltern sei nämlich „bei der bekannten politischen Einstellung der meisten Einwohner der Siedlung“ sinnlos. Die Mütter würden lediglich zurückkeifen, man solle ihnen eben für ihre Kinder Schokolade geben.⁶⁷

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begann die Bezirksleitung Nordbaden-Pfalz ab September 1941 mit der Herausgabe einer neuen illegalen Zeitung mit dem Titel „Der Vorbote“, die – als internes Rundschreiben („Kadermaterial“) konzipiert – eine Auflage zwischen 50 und 200 Exemplaren hatte und von der insgesamt lediglich vier Ausgaben erschienen.⁶⁸ Ab November 1941 wurden Exemplare des „Vorbotes“ auch in Ludwigshafen weitergereicht und Einzelausgaben per Post in der Pfalz vertrieben.⁶⁹ Offensichtlich glaubte die Bezirksleitung Nordbaden-Pfalz im pfälzischen Arbeitermilieu noch genug Rückhalt zu haben, denn schon im Herbst 1941 hatte man zu dem in Landau wohnenden KPD-Mitglied Karl Henrich Kontakt aufgenommen, der mit dem Wiederaufbau von kommunistischen Kleingruppen nun auch im eher ländlichen Raum der Pfalz beauftragt wurde. Unabhängig davon wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion von den staatlichen Verfolgungsbehörden weitere Anzeichen illegaler Arbeit von Kommunisten in der Pfalz auch ohne Kontakt zur Bezirksleitung Nordbaden-Pfalz wahrgenommen.⁷⁰ Die wieder aufgeflamten kommunistischen Aktivitäten führten sofort zu einer sorgfältigen Beobachtung mutmaßlicher Regimegegner. Bereits am 26. Februar 1942 wurden die Mannheimer Herausgeber des „Vorbotes“ verhaftet.⁷¹ Am 15. Mai 1942 wurden

66 Weber (wie Anm. 55), S. 329 ff. sowie Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote, Frankfurt am Main 1969, S. 32 ff. und StALu, SLu 52.

67 StALu; ZR II, Nr. 2046.

68 Kopien aus den Ausgaben des "Vorbotes", in: StALu, SLu 46; Inhaltsauszüge, in: VVN-BdA Kreis Heidelberg (Hrsg.), Der Fall Vorbote, Heidelberg 2002, S. 13 ff.

69 Wie Anm. 66.

70 Vgl. den Monatsbericht des Landratsamtes Kirchheimbolanden v. 27.9.1941 zur KPD in Mannheim, veröffentlicht bei Britta Lehna, Kirchheimbolanden. Die Geschichte der Stadt, Band II, Kirchheimbolanden 1992, S. 76 ff.

71 Karl-Heinz Schwarz-Pich, Die kommunistische Lechleiter-Gruppe. Von ihrer Gründung in Mannheim 1941 bis zu ihrer Zerschlagung im Februar 1942, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2012), S. 303-314.

14 Angehörige der „Lechleiter-Gruppe“ – darunter Georg Lechleiter – vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 15. September 1942 hingerichtet.⁷² In einem zweiten Prozess gegen die „Lechleiter-Gruppe“ ab dem 21. Oktober 1942 wurden fünf Angeklagte – darunter der aus Frankenthal stammende Ludwig Neischwander – wegen der Verteilung des „Vorboten“ zum Tode verurteilt und am 24. Februar 1943 ebenfalls hingerichtet.⁷³

Trotz dieses neuerlichen Fingerzeigs an das gesamte Arbeitermilieu gründete im September 1942 der Speyerer Sozialdemokrat Jakob Schultheis einen organisationsübergreifenden, aber milieuverhafteten Spenderkreis („Speyer-Kameradschaft“) zur materiellen Unterstützung des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann sowie dessen Familie. Der Gruppe um Schultheis stand auch im persönlichen Kontakt mit der Ehefrau und der Tochter Thälmanns, weshalb am 16. April 1943 Schultheis und weitere Mitglieder des Spenderkreises verhaftet wurden. Am 15. Februar 1944 wurde Schultheis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt; seine Mitangeklagten erhielten hohe Haftstrafen. Schultheis wurde noch am 19. März 1945 hingerichtet.⁷⁴

Ab Januar 1943 wurden bekannte pfälzische Antifaschisten, wie das SAP-Mitglied Karl Nord⁷⁵, der Rote Kämpfer Ludwig Kohl⁷⁶ sowie die Kommunisten Jakob Rummer,⁷⁷ Robert Weber,⁷⁸ August Fend⁷⁹ und Willy Feller⁸⁰ zur Bewährungseinheit 999 einberufen. In deren Reihen fanden u.a. Ludwig Kohl und der Neustadter Kommunist Jakob Hauptmann den Tod.⁸¹ Das Regime offenbarte damit auf der einen Seite seine Schwäche, da es nun selbst erklärte Gegner zu sei-

72 Kopien des Urteils, in: StALu, SLu 46.

73 Zur Biografie von Ludwig Neischwander vgl.: "Es gilt den Kampf". Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949, bearb. v. Michael Ebenau und Alfred Kuffler, Frankenthal 1984, S. 76 ff. und StALu, SLu 46.

74 Morweiser (wie Anm. 56), S. 146 ff. sowie Egon Gröbel, (Pseudonym: Thilo Gabelmann), Thälmann ist niemals gefallen?, Berlin 1996, S. 175 ff. und die Anklageschrift I, in: StALu, SLu 42 sowie die Anklageschrift II des Volksgerichtshofes vom 28. Dezember 1944 und das Urteil vom 15. Februar 1945, in: StALu, N 25 (Nachlass Friedrich Wilhelm Wagner), Nr. 38.

75 Julia Kratz, Von der Strafkompagnie zum Kulturdezernat - Karl Nord, in: Klaus J. Becker/Jens Hildebrandt (Hrsg.): Zeit der Extreme. Die kurpfälzische Arbeiterbewegung zwischen KZ und Gulag, Ludwigshafen am Rhein 2014, S. 19-22.

76 Nestler (wie Anm. 47), S. 78.

77 StALu, N 99, Nr. 155.

78 StALu, N 104 (Nachlass Robert Weber), Nr. 2.

79 Wolfgang Schneider, "Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd". Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996.

80 Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 434 f.

81 Morweiser (Anm. 56), S. 41 und Gerhard Wunder, Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt an der Weinstraße 1985, S. 83.

ner Verteidigung mobilisieren musste. Gleichzeitig machte es damit aber auch seine Unversöhnlichkeit gegenüber dem resistenten Teil des Arbeitermilieus deutlich, in dem es seine Repräsentanten gezielt als „Kanonenfutter“ einsetzte.

Trotzdem unternahm im Frühjahr 1944 Karl Henrich einen neuerlichen Versuch, zumindest in der Südpfalz die KPD wieder zu beleben. Auch dies blieb der Gestapo nicht verborgen und führte am 9. August 1944 zur Festnahme von Henrich und dreien seiner Mitstreiter. Noch am 16. Dezember 1944 wurde vor dem Volksgerichtshof in Berlin gegen Henrich sowohl als Mitarbeiter der „Lechleiter-Gruppe“ 1941/42 als auch wegen der Bildung der Landauer Widerstandsorganisation ab 1944 der Prozess eröffnet. Während Henrich abschließend zum Tode verurteilt wurde, erhielt der Landauer Mitangeklagte Josef Nann eine hohe Zuchthausstrafe. Beide wurden im März 1945 von der US-Amerikanischen Armee befreit.⁸²

Wie sehr sich die zusammenbrechende Diktatur vom gesamten Arbeitermilieu bedroht fühlte, machte es selbst durch die Verhaftungen im Rahmen der so genannten „August-Aktion“ deutlich, die in Folge des missglückten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 durchgeführt wurden und alle irgendwie marxistisch verdächtigen Personen umfasste.⁸³ In Ludwigshafen waren z.B. die bekannten SPD-Funktionäre Valentin Bauer⁸⁴ und Ernst Lorenz⁸⁵, in Kaiserslautern zusammen mit mehreren Antifaschisten der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Müller⁸⁶ und in Frankenthal der ehemalige Ortsgruppenleiter der KPD Ludwig Westermann⁸⁷ betroffen – Terror, der jetzt aber den Durchhaltewillen innerhalb des Arbeitermilieus bis zur absehbaren Befreiung stärkte. Entsprechend klagte z.B. im November 1944 ein Blockleiter der NSDAP über die Distanz, mit der zahlreiche Arbeiter in Mörsch dem NS-Regime gegenüberstanden: „Ich habe als Blockleiter der NSDAP einen schweren Stand gegenüber diesen Leuten, die meistens Anhänger der Linksparteien waren und heute noch nicht viel besser sind.“⁸⁸

Dass in zwölf Jahren Diktatur keinesfalls das gesamte Arbeitermilieu zum Nationalsozialismus übergegangen war, belegte der rege Zulauf zu den unmittelbar

82 Oppenheimer (wie Anm. 66), S. 35f., Morweiser (wie Anm. 56), S. 43 sowie die Anklageschrift des Volksgerichtshofes vom 16. Dezember 1944 gegen Karl Henrich und Josef Nann, in: StALu, SLu 52.

83 Udo Dietmar, Häftling ...X... in der Hölle auf Erden, Mainz 1946, S. 77.

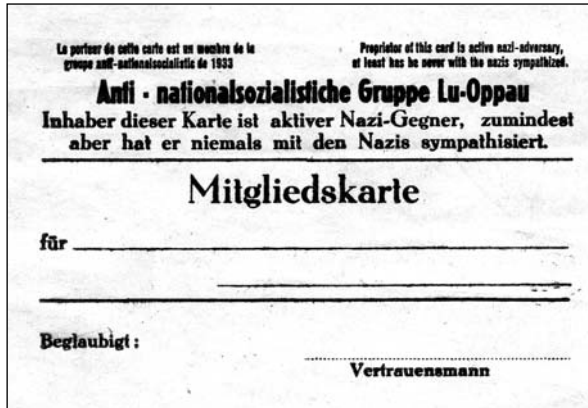
84 Stefan Mörz, Populärer Vater der Stadt, in: Stefan Mörz/Klaus J. Becker (Hrsg.), Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Bd. 2, Ludwigshafen am Rhein 2003, S. 428.

85 Becker (wie Anm. 80), S. 468.

86 Hermann Weber, Deutsche Kommunisten. 2. Auflage, Berlin 2008, S. 621 f.

87 StALu, N 1, Nr. 151.

88 Zitiert nach Nestler (wie Anm. 47), S. 381.



*Lorem ipsum dolor sit amet,
consectetur adipiscing elit,
sed diam nonummy nibh
euismod tincidunt*

nach der Befreiung gegründeten Antifa-Komitees, die auch die Organisationsgrenzen von 1933 zu überwinden suchten.⁸⁹ Entsprechende Komitees bildeten

sich in den kommenden Wochen neben Ludwigshafen auch an anderen Orten der Pfalz, so z.B. als „Anti-Nazi-Gruppe“ in Grünstadt oder als „Anti-nationalsozialistische Gruppe“ in Frankenthal.⁹⁰ Aus diesen Kernzellen begann ab Mai 1945 zunächst die gemeinsame Neuformierung der pfälzischen Arbeiterbewegung. Binnen kurzer Zeit entschloss man sich aber innerhalb der Arbeiterbewegung erneut getrennte Wege zu bestreiten und innerhalb des Arbeitermilieus für diese Differenzierungen zu werben.⁹¹

Bilanz

Gemessen an seinen ursprünglichen Zielen war der Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowohl der Arbeiterbewegung als auch der des Arbeitermilieus in der Pfalz erfolglos geblieben. Allerdings sind die Grenzen innerhalb der Widerstand Leistenden fließend – jeder offene Verweigerer aus der Arbeiterbewegung war zugleich auch Angehöriger seines Milieus; hingegen ist nicht jede milieugebundene Verweigerungshandlung organisatorisch zuordenbar. Wie alle anderen gesellschaftlichen Schichten hatte sich auch das Arbeitermilieu in einem bemerkenswerten Umfang dem Nationalsozialismus angepasst. Je geringer die altersgemäße Verweildauer in der Arbeiterbewegung vor 1933 gewesen war, desto mehr Erfolg hatte die NS-Propaganda unter den Angehörigen des Arbeitermilieus gehabt.⁹² Hinzu kommt die erzwungene Über-

⁸⁹ Paul Kaps, Nur ein Gastspiel im Landtag, in: Die Rheinpfalz v. 29.11.1986. Zur Rolle der Antifaschistischen Ausschüsse bei der Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland vgl. auch: Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

⁹⁰ Mitgliederausweise und Mitgliederlisten dieser beider Gruppen sind im Stadtarchiv Ludwigshafen (Depositum Klaus J. Becker), weitere der "Anti-nationalsozialistische Gruppe Lu-Oppau und Lu-Süd", in: StALu, N 1, Nr. 116 erhalten.

⁹¹ Klaus J. Becker, Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei in der Pfalz, in: Geis/Nestler (wie Anm. 38), S. 626-632.

⁹² Schepua (wie Anm. 35), S. 444.

lassung einer ganzen Generation von Kindern und Arbeiterjugendlichen, die zwölf Jahre durch HJ, BdM, Arbeitsdienst und Wehrmacht sozialisiert wurden.

Dennoch solidarisierte sich das Milieu vielartig mit aktiv Widerstand Leistenden, war aber zugleich potentielle Quelle eines drohenden Verrats. Das Gesetz vom 20. Dezember 1934 „gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat“ schuf zusätzlich ein vorauseilendes Klima der Denunziation auch innerhalb des Arbeitermilieus. Die staatliche Perzeption dieser Vorgänge ist seit 1980 insbesondere im Bestand H 90/91 (Gestapo-Stelle Neustadt an der Weinstraße) des Landesarchivs Speyer für die Pfalz überliefert und entsprechend dem Landesarchivgesetz für die Forschung zugänglich.⁹³ 60.000 Karteikarten und über 12.000 Ermittlungsakten beschreiben konsequente Verweigerung wie offenes Überlaufen innerhalb der Arbeiterbewegung.⁹⁴ Nicht jede Form der Verweigerung wurde aber aktenkundig – gerade das dörfliche Arbeitermilieu konnte auch eine soziale Protektion gegenüber den wenigen NS-Aktivisten innerhalb der Dorfgemeinschaft bewirken.⁹⁵

Spätestens 1935 waren die organisatorischen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung in der Pfalz aber im Wesentlichen zerschlagen. Aktiven – gar gewaltsamen – Widerstand gegen den Nationalsozialismus konnten aber weder Arbeiterbewegung noch Arbeitermilieu schon zuvor kaum leisten. Ab jetzt trat man der Diktatur bestenfalls nur noch symbolisch entgegen, so z.B. im März 1935 durch die Anbringung von Hammer und Sichel unterhalb eines Hakenkreuzes im Arbeitsdienstlager Altrip, im Herbst 1936 in Heßheim mit dem Aufmalen von Sowjetsymbolen auf Briketts⁹⁶, im Oktober 1936, als Unbekannte in Frankenthal in der Schnellpressfabrik Hammer und Sichel an die Wand pinselten oder als im Februar 1938 auf der Fensterbank der „NSZ-Rheinfront“ Unentdeckte einen Pappkarton mit drei ungeladenen Eierhandgranaten und der Aufschrift „Rot Front lebt“ deponierten.⁹⁷ Im November 1938 „entglaste“ als Antwort auf die Schmach der Judenpogrome der spätere KPD-Ortsgruppenleiter in Grünstadt den Schaukasten des antisemitischen NS-Hetzblattes „Der Stürmer“. Gemessen an diesen für den NS-Staat nicht bedrohlichen Widerstandsformen war die staatliche Repression zügellos: Allein die Kreisorganisation Kusel der KPD verzeichnete in einer 1948 erstellten Liste sieben Parteimitglieder, die in

93 Die Bestandsgeschichte beschreibt prägnant Franz Maier, Gestapo-Akten im Landesarchiv Speyer aus familiengeschichtlicher Sicht, in: Pfälzisch-Rheinische Familienkunde, 58 (2009), Bd. XVI, H. 12, S. 614-620.

94 Nestler (wie Anm. 47), S. 375 und Schepua (wie Anm. 35), S. 445.

95 Klaus J. Becker, "Der Arbeiter hat kein Vaterland". Erinnerungen an einen Großvater, in: Pfälzisch-Rheinische Familienkunde, 63 (2014), Bd. XVIII, H. 2, S. 25-29.

96 Schepua (wie Anm. 35), S. 447.

97 Nestler (wie Anm. 47), S. 379.

der Konzentrationslagerhaft ums Leben gekommen waren.⁹⁹ Todesopfer wurden sowohl führende Parteifunktionäre, wie der 1934 ermordete Ludwigshafener Reichstagsabgeordnete Eugen Herbst,¹⁰⁰ aktiv gegen den Nationalsozialismus Auftretende, wie der Sozialdemokrat Georg Hüter,¹⁰¹ aber auch eigentlich nur zu geringen Haftstrafen verurteilte einfache Parteimitglieder, wie der Kaiserslauterner Kommunist Otto Michel¹⁰² oder der nach 96tägiger Untersuchungshaft in den Selbstmord getriebene Schifferstadter KPD-Vorsitzende Peter Imo¹⁰³. Trotz der eigenen Namensgebung und des beständigen Appells an die „deutsche Volksgemeinschaft“ sah der Nationalsozialismus im „Arbeiter“ immer einen potentiellen Gegner und differenzierte in seiner Paranoia schon gar nicht zwischen Arbeiterparteien, Arbeiterbewegung oder Arbeitermilieu.

99 StALu, SLu 58.

100 StALu, N 25, Nr. 151.

101 Wie Anm. 21.

102 StALu, N 1, Nr. 53.

103 Schepua (wie Anm. 35), S. 453-455.